

31/8/2015

„Bodenreform war Unrecht“

Altbesitzer demonstrierten zum 70. Jahrestag in Kyritz

Von Alexander Beckmann

Kyritz – Rund 50 Menschen folgten am Sonnabend einem Aufruf der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE) zum Gedenken an „70 Jahre Bodenreform/Verfolgung“. ARE-Vorsitzender Manfred Graf von Schwerin erinnerte die vorwiegend aus weitem Umkreis angereisten Gäste vor allem an „die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“, deren Verfolgung mit der Bodenreform begonnen habe.

Mindestens 47 000 Menschen, so schätzte von Schwerin, seien nach Kriegsende in Lagern der sowjetischen Besatzer ums Leben gekommen. Dabei habe sich kaum jemand von ihnen je etwas zu Schulden kommen lassen. Die Enteignung durch die Bodenreform, die den Familien nichts gelassen habe, sei noch hinzugekommen. „Es ist nicht hinzunehmen, dass diese Ereignisse bis heute von bestimmten politischen Kräften schöngeredet oder gar nicht erwähnt werden.“

Noch deutlicher wurde Philip Kiril Prinz von Preußen. Der bekennende Monarchist und Pfarrer aus Birkenwerder leitete die christliche Andacht des Treffens: „Wir gedenken heute eines großen Unrechts, nämlich der Enteignung des Adels und des Großbürgertums.“

Bei der Bodenreform habe es sich um die „Beraubung der verdientesten Bürger“ des Landes gehandelt. Sie hätten es allein „durch Ideenreichtum und Geschick zu Besitz und Einfluss gebracht“ gehabt. Das alles sei ihnen nach dem Krieg zu Unrecht genommen wor-

den. „Wer käme heute auf die Idee, Aldi, Daimler und die Deutsche Bank zu enteignen – nur, weil sie viel haben?“ Scharf kritisierte von Preußen die politischen und juristischen Entscheidungen in Sachen Bodenreform: „Für mich ist die Bundesrepublik durch die angebliche Rechtsprechung ein Unrechtsstaat.“

Nach Abschluss der etwa 45-minütigen Veranstaltung trafen sich die Teilnehmer noch zu einer Runde mit Vorträgen und Musik.

In Kyritz hatte am 2. September 1945 der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Wilhelm Pieck die Durchführung einer Bodenreform angekündigt. In deren Zuge wurden bis 1946 Großgrundbesitzer mit einem Besitz von mehr als 100 Hektar sowie tatsächliche wie vermeintliche Kriegsverbrecher und Nazi-Größen entschädigungslos enteignet. In der Folge wurden auf dem Gebiet Ostdeutschlands rund 3,3 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und damit etwa 35 Prozent des Gesamtbestandes umverteilt.

Zwei Drittel dieser enteigneten Flächen gingen an Landarbeiter, Umsiedler und Kleinbauern. Der Rest wurde Staatsbesitz. Nach 1990 wurden Forderungen nach der Entschädigung von Bodenreformopfern und auch zur Rückabwicklung der Bodenreform laut, die aber selbst vor den höchsten Gerichten kein Gehör fanden.

● **Hinweis:** In Kyritz werden am Mittwoch, 2. September, noch zwei weitere Veranstaltungen an die Geschehnisse von vor 70 Jahren erinnern: um 15 Uhr ist im Gymnasium die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linken Veranstalter und um 18 Uhr am Denkmal die Stadt Kyritz.

